



P r o t o k o l l

über die 23. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages

Sitzungstermin:	Montag, 29.06.2026
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

SPD-Fraktion

Albinus, Martin

Deitmar, Reinhard

Eisenbarth, Bettina

Fahlbusch, Susanne

Hauptstein, Siegfried

Hensel, Falk

Koch, Harald

Kreistagsvorsitzender

Meinberg, Kersten

Meyn, Lennie

Resch-Hoppstock, Sabine

Scheffler, Malte

Fraktionsvorsitzender SPD

Kamphenkel, Marcel

Ganzauer, Oliver

Graf, Frank

Märtens, Julian

Bosse, Marcus

CDU-Fraktion

Emmerich, Peter

Florek, Christiane

Glier, Andreas

1. stellv.

Kreistagsvorsitzender

Kanter, Heike

Lagosky, Uwe
Löhr, Norbert
Meißler, Andreas
Müller, Karl - Heinz
Oesterhelweg, Frank
Plumeyer, Henning
Schäfer, Uwe
Schwetje, Gerhard-Christian
Wolff, Michael

Stellv. Landrat

Fraktionsvorsitzender CDU

GRÜNE-Fraktion

Pröttel, Leonhard

Stuhlweißenburg-Siemens, Ulrike
Wagner-Judith, Christiane
Zgonc, Beate
Brücher, Bertold

Stellv. Landrätin

Bis TOP 20

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Krause-Hotopp, Diethelm
Schmidt, Elke
Uminski-Schmidt, Angelika

2. stellv.

Kreistagsvorsitzende

FDP-Fraktion

Otte-Kotulla, Bettina
Weitemeier, Max

AfD-Fraktion

Glinka, Jens
Günther, Thomas
Pastewsky, Jürgen

Fraktionsvorsitzender AfD

Einzelmandat

Fischer, Wolfgang, Dr.
Sabisch, Dennis

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko
Klooth, Kathrin
Retzki, Bernd
Volkers, Sven
Brandes, Mareike
Bräuer, Marius

Erster Kreisrat

Dezernentin III

Kreisrat

Kreisbaurat

Pressesprecherin

Protokollführer

Es fehlen:

Kanter, Heike
Försterling, Björn
Volke, Andre

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 13.04.2026
5. Anfragen
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§ 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
6. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN: Allgemeinverfügung zum Schutz des Igels
Vorlage: XIX-0709/2026
7. Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH, Benennung der Mitglieder des Landkreises Wolfenbüttel im Technischen Beirat
Vorlage: XIX-0700/2026
8. Umsetzung der Betreuung im Rahmen des Ganztags in den Herbstferien 2026
Vorlage: XIX-0687/2026
9. Klimaschutzkonzept für die eigene Verwaltung
Vorlage: XIX-0677/2026
10. Befragung der weiterführenden Schulen zum Interesse am Thema Asse II
Vorlage: XIX-0695/2026
11. Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt (RVZ) – Zuschüsse 2023 ff.
Vorlage: XIX-0697/2026
12. Überörtliche Prüfung "Tagesbildungsstätten oder Förderschulen GE?" durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof - überörtliche Kommunalprüfung
Vorlage: XIX-0685/2026
13. Beteiligung des Abfallwirtschaftsbetriebs an der Genossenschaft Süd-Ost-Niedersachsen Energiegenossenschaft eG (S.O.N.N.E. eG)
Vorlage: XIX-0692/2026
14. Änderung der Betriebssatzung der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel zur Anpassung an die Dienstanweisung für das Auftrags- und Vergabewesen
Vorlage: XIX-0699/2026
15. Jahresabschlussprüfung 2025 Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0706/2026
16. Ankauf einer Teilfläche der stillgelegten Bahnstrecke zwischen Schöppenstedt und

Schöningen auf dem Gebiet des Landkreises zwischen Schöppenstedt und Barnstorf
Vorlage: XIX-0708/2026

17. Fortführung der Flexo-Verkehre in Cremlingen und Sickte
Vorlage: XIX-0694/2026
18. Beschluss des Jahresabschluss 2019
Vorlage: XIX-0683/2026
19. Jahresabschlussbericht 2025 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0682/2026
20. Verkauf Grundstück Gemarkung Adersheim (Schießstand)
Vorlage: XIX-0665/2026
21. Carl-Gotthard-Langhans-Schule: Aktueller Stand und weiteres Vorgehen in Sachen Raumplanung sowie Baumaßnahmen
Vorlage: XIX-0676/2026
22. Resolution "Rettet die Kommunen!" des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0704/2026
23. Resolution „Bund: Hände weg vom Rettungsdienst“
Vorlage: XIX-0710/2026
24. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)
25. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 18, 5 i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Koch eröffnet um 17:15 Uhr die Sitzung und heißt die Anwesenden herzlich willkommen. Er teilt mit, dass Frau Kanter, Herr Försterling und Herr Volke an der heutigen Sitzung entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

Herr Koch stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

Herr Koch fragt, ob Änderungen zur Tagesordnung seitens der Abordneten gewünscht sind. Es liegen keine Änderungen vor.

Die Tagesordnung wird mit 25 Punkten festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung des XIX. gewählten Kreistages am 13.04.2026

Herr Koch fragt, ob es Wortmeldungen zum vorliegenden Protokoll gibt, was nicht der Fall ist. Daraufhin lässt er über die Genehmigung des Protokolls abstimmen.

Das Protokoll wird einstimmig bei 3 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Anfragen

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§ 18 GO)

Herr Kramer fragt, ob der Kreistag eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Asse plane und hierzu den Bundesumweltminister Schneider aus Berlin einladen werde. Zur Begründung führt er aus, der Runde Tisch habe bereits zweimal versucht, eine solche Veranstaltung zu initiieren, jedoch finde der Umweltminister bislang keine Zeit für die Region. Er äußert die Erwartung, dass eine Einladung durch den Kreistag möglicherweise dazu beitragen könne, eine Veranstaltung mit Teilnahme der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Herr Kramer fragt darüber hinaus nach dem aktuellen Stand der Machbarkeitsstudie zu Alternativrouten zwischen Groß Vahlberg und Remlingen im Zusammenhang mit der von der BGE vorgesehenen Sperrung der K 513.

Er erklärt, er gehe davon aus, dass die angesprochenen Alternativrouten bekannt sind; andernfalls habe er entsprechende Unterlagen mitgebracht. Zugleich bittet er die Verwaltung um Auskunft zum gegenwärtigen Bearbeitungsstand.

Frau Steinbrügge beantwortet die erste Frage dahingehend, dass der Landkreis bislang keine entsprechende Veranstaltung mit dem Bundesumweltminister plane.

Herr Volkers teilt zur zweiten Frage mit, dass sich die Verwaltung mit dem Thema Machbarkeitsstudie bislang nicht weiter befasst hat. Als Hintergrund führt er an, dass zunächst weitere Austauschgespräche stattfinden sollen. Diese Gespräche sind noch zu terminieren, damit überhaupt zunächst über die in Rede stehenden Situationen gesprochen werden kann.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

Herr Lühr stellt folgende Anfrage:

Der Unfallschwerpunkt an der Kreuzung K58 Stoppstraße / L474 wurde nach der Verkehrsschau am 22.04.2025 durch Markierungen (Querstreifen weiß) auf der Fahrbahn zusätzlich ergänzt. Danach kam es trotzdem zu mehreren Unfällen mit Personenschäden.

1. Ist dem Fachamt die aktuelle Situation bekannt und gibt es Überlegungen um die Gefahrenstelle weiter zu entschärfen?
2. Gibt es Planungen zum Bau eines Kreisels welches von allen Seiten als wirksames Mittel zur Gefahrenminimierung gesehen wird?
3. Ist in nächster Zeit mit den Verantwortlichen ein Vororttermin geplant, um weitere

Maßnahmen abzustimmen?

Herr Beddig erklärt, die betreffende Stelle sei der Verkehrsunfallkommission bekannt und werde von dieser bereits in den Blick genommen. Zur Einordnung führt er aus, der Knotenpunkt ist beidseitig mit Stoppschildern ausgestattet; hinzu kommen Vorankündigungen zur Wartepflicht in einer Entfernung von etwa 100 bis 150 Metern sowie Hinweisschilder auf den Knotenpunkt in Form von Vorwegweisern. Ergänzend sind nunmehr Quermarkierungen in Form von breiten Streifen auf der Fahrbahn aufgebracht worden. Damit sind sowohl der Knotenpunkt als auch die bestehende Wartepflicht nach Einschätzung der Verwaltung deutlich erkennbar. Die Sicht auf die übergeordnete Straße ist zwar eingeschränkt, weshalb ein vorsichtiges Einfahren in den Kreuzungsbereich ohnehin erforderlich ist. Ferner befindet sich die Kreuzung innerhalb einer geschlossenen Ortschaft, sodass dort Tempo 50 gilt.

Herr Beddig teilt weiter mit, dass unter Berücksichtigung der beiden Unfälle des laufenden Jahres mit jeweils zwei Leichtverletzten derzeit noch keine Unfallhäufungsstelle vorliege. Die Verkehrsunfallkommission behält den Knotenpunkt jedoch im Blick und veranlasst weitere Maßnahmen, sofern das Unfallgeschehen dies rechtfertigt. Vor diesem Hintergrund verneint er derzeit Planungen für einen Kreisverkehr. Auch hinsichtlich eines Vor-Ort-Termins verweist er darauf, dass die Verkehrsunfallkommission die Entwicklung weiterhin beobachtet und bei Bedarf weitere notwendige Maßnahmen einleitet.

**TOP 6 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN:
Allgemeinverfügung zum Schutz des Igels
Vorlage: XIX-0709/2026**

Herr Brücher erläutert den Antrag.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XIX-0709/2026 ergibt, wird angenommen.

Der Antrag wird zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft verwiesen.

**TOP 7 Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH, Benennung der Mitglieder des
Landkreises Wolfenbüttel im Technischen Beirat
Vorlage: XIX-0700/2026**

Herr Scheffler erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Malte Scheffler wird anstelle von Lennie Meyn als Vertreter für den Technischen Beirat der Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH benannt.

**TOP 8 Umsetzung der Betreuung im Rahmen des Ganztags in den
Herbstferien 2026
Vorlage: XIX-0687/2026**

Herr Albinus erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Sachstandsbericht zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Landkreis Wolfenbüttel in den Herbstferien des Schuljahres 2026/2027 wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 9 Klimaschutzkonzept für die eigene Verwaltung
Vorlage: XIX-0677/2026**

Herr Löh erläutert die Vorlage.

Herr Dr. Fischer kritisiert, das Konzept berücksichtige nicht die neuesten klimawissenschaftlichen Erkenntnisse und aktuellen rechtlichen Grundlagen, insbesondere das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von März 2021; er führt aus, bisherige Annahmen basierten auf Maximalszenarien des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), während die CMIP7-Leitlinien (Klimamodell-Vergleichsprojekt CMIP Phase 7) und andere Modelle eine geringere Erwärmung prognostizierten.

Nach Dr. Fischer prognostiziert das wahrscheinlichste Modell eine Gesamterwärmung von rund 2,6 °C bis 2100. Unter Berücksichtigung Deutschlands Anteil am fossilen Verbrauch von etwa 1,5 % stellt er die Sinnhaftigkeit umfangreicher Maßnahmen in Frage und warnt vor „blinden“ und „überbeurteilten“ Aktionismus.

Er bewertet das Papier als wenig konkret, eher als Handlungsrahmen denn als Konzept mit verbindlichen Handlungsanweisungen, und bemängelt fehlende Kostendarstellungen, keinen Gesamtbetrag und keine Bezifferung der Finanzierungslücke, die er im siebenstelligen Bereich vermutet; er erwartet Nachbesserungen und kündigt wegen Verhältnismäßigkeitsbedenken seine Enthaltung an.

Frau Siemens verweist auf die ausführliche Beratung im Umweltausschuss, begrüßt die konkreten Maßnahmen der Verwaltung, betont die Bedeutung jedes Elements des Klimaschutzes angesichts aktueller Hitzerekorde und kündigt geschlossene Zustimmung ihrer Fraktion an.

Herr Pastewsky verweist auf den Bericht des Landesrechnungshofes, wonach das Land 1,8 Milliarden Euro ausgegeben habe mit offenbar kaum messbaren Effekten; er begrüßt Dr. Fischers Ausführungen und lehnt die Vorlage ab.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 39 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Das beiliegende Konzept für eine treibhausgasneutrale Kreisverwaltung gemäß § 18 Niedersächsisches Klimaschutzgesetz (NKlimaG) wird beschlossen.
2. Die Federführung für Controlling und Monitoring liegt im Referat 02 Nachhaltigkeit und Klimaschutz.
3. Das Konzept wird um die Maßnahme „Homeoffice“ im Maßnahmenfeld Mobilität erweitert.

**TOP 10 Befragung der weiterführenden Schulen zum Interesse am Thema
Asse II
Vorlage: XIX-0695/2026**

Frau Resch-Hoppstock erläutert die Vorlage.

Herr Weitemeier erklärt, ihm sei das Thema wichtig. Die FDP habe den Antrag eingebracht, weil der Landkreis Verantwortung dafür trage, dass junge Menschen wissen, was in der Asse lagert, welche Gefahren bestehen und welcher politische Prozess dahintersteht; dies fördere politische Meinungsbildung und Mündigkeit.

Er betont, das Thema werde generationsübergreifend den Landkreis beschäftigen, der Aufbau eines Materialpools sei ein erster Schritt. Darüber hinaus solle der Landkreis geeignetes Unterrichtsmaterial bereitstellen, Verantwortung dürfe nicht abgeschoben werden.

Herr Pröttel fragt, wie oft die FDP an Sitzungen der Vorbereitungsgruppe teilgenommen hat.

Herr Weitemeier weist dies zurück, erklärt seine begrenzte Teilnahme aus persönlichen und dienstlichen Gründen und verweist auf die fehlende Vertretungsregelung.

Frau Steinbrügge ergänzt, das Medienzentrum stelle Material zusammen, das auch virtuelle Zugänge umfasse und in den nächsten Monaten bereitstehe; konkrete Unterrichtseinheiten sieht sie nicht als Aufgabe des Landkreises.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Die Ergebnisse der Befragung der weiterführenden Schulen zum Interesse an der Befassung mit dem Thema Asse II und entsprechenden Unterrichtsmaterialien werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 11 Regionales Versorgungszentrum Baddeckenstedt (RVZ) –
Zuschüsse 2023 ff.
Vorlage: XIX-0697/2026**

Frau Eisenbarth erläutert die Vorlage.

Herr Lühr fragt, ob der Beschluss des Samtgemeinderates vorliegt, da dort ein ähnlich lautender Beschluss gefasst wurde, der in Punkt 3 abweicht; er plädiert für einheitliche Beschlüsse, um wiederkehrende Probleme zu vermeiden.

Herr Retzki bestätigt das Vorliegen des Samtgemeinderatsbeschlusses und verliest die abweichende Formulierung zu Punkt 3: Ab 2027 soll der Zuschuss auf Grundlage des Wirtschaftsplans gewährt werden, wobei die Höhe nach Vorlage des Wirtschaftsplans entschieden wird. Er erklärt, diese Ergänzung könne übernommen werden, sei aber nicht zwingend, da sie Verzögerungen und damit Liquiditätsrisiken verursachen könne; die Verwaltung sei ohnehin verpflichtet, den im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Zuschuss anzusetzen.

Frau Steinbrügge ergänzt, da die Zuschüsse von den Gesellschaftern unabhängig gewährt werden, sei ein abweichender Samtgemeinderatsbeschluss unproblematisch.

Herr Weitemeier kritisiert, die erneute Diskussion erwecke den Eindruck, die Wahrnehmung der Rechte des Kreistages gefährde die Liquidität der Gesellschaft. Er fordert, die Gesellschaft organisatorisch und vertraglich so aufzustellen, dass Beratungsergebnisse nicht als Liquiditätsrisiko dargestellt werden und erwartet einen vernünftigen Gesellschaftervertrag zur Vermeidung wiederkehrender Probleme.

Frau Steinbrügge verweist darauf, dass der Zuschuss 2023–2025 auf genau 49.717,40 € angepasst wird.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der RVZ Baddeckenstedt gGmbH wird auf der Grundlage der vorläufigen Jahresergebnisse für die Wirtschaftsjahre 2023-2025 ein Zuschuss i.H.v. 49.717,40 € € zur Sicherung der Liquidität gewährt.

Weiterhin fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

2. Der RVZ Baddeckenstedt gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2026 ein Zuschuss i.H.v. 40.000 € zur Sicherung der Liquidität gewährt.

Zuletzt fasst der Kreistag mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

3. Ab dem Haushaltsjahr 2027 wird der RVZ Baddeckenstedt gGmbH ein Zuschuss auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes der RVZ Baddeckenstedt gGmbH zur Sicherung der Liquidität gewährt.

**TOP 12 Überörtliche Prüfung "Tagesbildungsstätten oder Förderschulen
GE?" durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof -
überörtliche Kommunalprüfung
Vorlage: XIX-0685/2026**

Herr Deitmar erläutert die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Die Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Kommunalprüfung des Landkreises Wolfenbüttel „Tagesbildungsstätten oder Förderschulen GE?“ vom 20.03.2026 wird in der Zusammenfassung über den wesentlichen Inhalt des Schlussberichtes zur Kenntnis genommen.

**TOP 13 Beteiligung des Abfallwirtschaftsbetriebs an der Genossenschaft
Süd-Ost-Niedersachsen Energiegenossenschaft eG (S.O.N.N.E. eG)
Vorlage: XIX-0692/2026**

Herr Meyn erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Beteiligung des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Wolfenbüttel an der Genossenschaft SONNE eG durch den Beitritt und einen gleichzeitigen Anteilserwerb von 300 Anteilen zu je 50,00 €, d.h. einer Beteiligung in Höhe von insgesamt 15.000 € wird zugestimmt.

**TOP 14 Änderung der Betriebssatzung der Wirtschaftsbetriebe Landkreis
Wolfenbüttel zur Anpassung an die Dienstanweisung für das
Auftrags- und Vergabewesen
Vorlage: XIX-0699/2026**

Herr Meyn erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Betriebssatzung der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel wird in der beiliegenden überarbeiteten Fassung mit Wirkung zum 01.08.2026 beschlossen. Gleichzeitig wird mit dem Beschlussdatum die bislang geltende Fassung vom 13.07.2020 außer Kraft gesetzt.

**TOP 15 Jahresabschlussprüfung 2025 Wirtschaftsbetriebe Landkreis
Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0706/2026**

Herr Meyn erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der mit Prüfbericht der WIBERA AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2025 des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel und der Lagebericht werden festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2025 der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von insgesamt 871.854,37 € wird wie folgt verwendet:

- Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes Abfallwirtschaft in Höhe von 91.500,00 € wird gem. § 12 Abs. 4 Eigenbetriebsverordnung als Eigenkapitalverzinsung an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.
 - Vom Jahresgewinn des Teilbetriebes Tiefbau in Höhe von 417.438,49 € wird ein Teilbetrag in Höhe von 317.438,49 € an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt werden. Der verbleibende Betrag in Höhe von 100.000,00 € wird der Allgemeinen Rücklage für den verschobenen Neubau des Radweges an der K 2 / Kreisel L 627 nach Atzum zugeführt werden.
 - Der Jahresüberschuss des Teilbetriebes Breitband in Höhe von 362.915,88 € wird in Höhe von 218.400,00 € abzüglich Steuern und Abgaben an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt. Der verbleibende Betrag in Höhe von 144.515,88 € wird für die Schaffung von Redundanzen zum Ringschluss des bestehenden Glasfasernetzes benötigt und der Allgemeinen Rücklage des Betriebes zugeführt.
3. Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel wird gem. § 35 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

**TOP 16 Ankauf einer Teilfläche der stillgelegten Bahnstrecke zwischen
Schöppenstedt und Schöningen auf dem Gebiet des Landkreises
zwischen Schöppenstedt und Barnstorf
Vorlage: XIX-0708/2026**

Herr Meyn erläutert die Vorlage.

Herr Bosse betont die sinnvolle Nachnutzung als interkommunales Projekt mit dem Landkreis Helmstedt. Der Landkreis Helmstedt wolle keine Brückensanierungen übernehmen; im Landkreis Wolfenbüttel sind lediglich Kreisstraßen zu kreuzen. Studien und das regionale Raumordnungsprogramm sehen Radtourismus als Zukunftsperspektive. Mit Schöppenstedt als Endbahnhof, der Anbindung über Jerxheim und begonnenen Maßnahmen in Sachsen-Anhalt bestehe die Chance für ein attraktives interkommunales Projekt Richtung Dedeleben, Halberstadt und Wernigerode.

Er dankt Verwaltung und Betriebsausschuss und geht von großer Mehrheit im Kreistag aus.

Herr Glier weist darauf hin, dass die Strecke nicht entwidmet wird, so dass sie künftig theoretisch wieder als Bahnstrecke genutzt werden könnte.

Frau Uminski-Schmidt erklärt, auch ihre Fraktion begrüße die Entwicklung. Positiv sei, dass die Trasse in öffentlicher Hand bleibt und Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht; der Radweg schafft weitere Vernetzung.

Herr Ganzauer äußert nicht grundsätzliche Vorbehalte, verweist jedoch auf Kosten: Für 6,4 km stünden trotz Fördermitteln über 2 Mio. Euro im Raum. Er nennt ein Beispiel aus Börßum, wo ein 2,4 km-Stück mit Unterstützung für 30.000 Euro hergerichtet wurde und wünscht sich die Prüfung einer kostengünstigeren Ausführung. Er bezweifelt eine stärkere Frequentierung Richtung Helmstedt ohne Brückenerwerb und hätte eine einfachere Herrichtung bevorzugt, die auch Wirtschaftsfahrzeuge zuließe. Da ein solcher Prüfauftrag fehlt, kündigt er an, sich zu enthalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig mit 40 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Tiefbaubetrieb erwirbt die von der Deutschen Bahn angebotene ca. 6.4 km lange zusammenhängende Teilfläche von ca. 170.000 m² der stillgelegten Teilstrecke Nr. 1942 Wolfenbüttel-Jerxheim zwischen Schöppenstedt und Barnstorf (von Bahnkilometer ca. 29,580 - Bahnkilometer ca. 35,975) für die symbolische Summe von 1,00 €.
2. Der Tiefbaubetrieb wird die Planung für einen Radweg auf der gesamten Trasse vorbereiten und die verfügbaren Fördermittel als Voraussetzung zur Finanzierung der Baumaßnahme einwerben.
3. Das Projekt ist vor der Einleitung der Bauvergabe nochmals im Betriebsausschuss vorzustellen

TOP 17 Fortführung der Flexo-Verkehre in Cremlingen und Sickte Vorlage: XIX-0694/2026

Herr Brücher erläutert die Vorlage. Im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (07.05.) und im Kreisausschuss (01.06.) gab es keine Beschlussempfehlung; vor der Kreistagssitzung empfahl der Kreisausschuss die nun vorliegende Variante. Vorgeschlagen wird, dass der Landkreis Wolfenbüttel für 2027 50 % der Kosten bis höchstens 150.000,00 Euro übernimmt; Cremlingen 100.000 Euro, Sickte 10.000 Euro; der Regionalverband soll das Angebot so reduzieren, dass maximale Kosten von 260.000 Euro entstehen beziehungsweise die Kosten selbst reduzieren.

Frau Steinbrügge stellt klar, dass der Halbsatz lautet „beziehungsweise den Betrag übersteigende Kosten selbst trägt“. Der Regionalverband soll Vorschläge zur Kostenreduzierung machen oder die Differenz selbst finanzieren.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig mit 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel bezuschusst den Flexo-Verkehr im Bereich Cremlingen/Sickte im Haushaltsjahr 2027 mit 50 % der Kosten, maximal mit 150.000 €.
2. Die Gemeinde Cremlingen beteiligt sich im Jahr 2027 mit einem Zuschuss in Höhe von 100.000 € am Flexo-Verkehr. Der Zuschuss der Samtgemeinde Sickte im Jahr 2027 beträgt 10.000 €.
3. Der RGB wird beauftragt, das Angebot der Flexo-Verkehre im Bereich Cremlingen und Sickte für 2027 so zu reduzieren, dass max. Kosten von 260.000 € entstehen, beziehungsweise den Betrag übersteigende Kosten selbst trägt.

TOP 18 Beschluss des Jahresabschluss 2019 Vorlage: XIX-0683/2026

Frau Florek erläutert die Vorlage.

Herr Wolff bezieht sich auf die Haushaltsgenehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung vom 7. Mai, wonach bei Kommunen mit mehr als dreijährigem Rückstand bei den Jahresabschlüssen die geordnete Haushaltswirtschaft infrage gestellt sei. Er zitiert weiter, dass der Landkreis angeblich über keine belastbaren Informationen zu Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verfüge und die vorläufige Bilanz 2024 nicht belastbar sei; es lasse sich nicht bestimmen, wann Überschussrücklagen aufgezehrt oder bilanzielle Überschuldung eingetreten sei. Er bewertet diese Aussagen als höchst problematisch.

Herr Beddig räumt ein, die Rückstände bei Jahresabschlüssen seien nicht zufriedenstellend und müssten verbessert werden, zumal durch den Beschluss über die vereinfachte Prüfung die ausstehenden Abschlüsse bis einschließlich 2024 bis zum Jahr 2028 vorgelegt sein müssen. Zu weiteren Punkten aus dem Ministeriumsschreiben und der Haushaltsgenehmigung kündigt er ein Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter an, da einzelne Aspekte aus Verwaltungssicht nicht nachvollziehbar seien. U. a. bemängelt das Schreiben, kamerale Fehlbeträge seien noch nicht ausgeglichen; bei korrekter Auswertung des Vorberichts sei jedoch erkennbar, dass diese bereits seit 2017 ausgeglichen sind.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Gemäß §129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Jahresabschluss 2019 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen.
- 2) Gemäß §129 Abs. 1 S. 3 NKomVG wird der Landrätin für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt

TOP 19 Jahresabschlussbericht 2025 Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0682/2026

Frau Florek erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Bericht zum 31.12.2025 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen.

TOP 20 Verkauf Grundstück Gemarkung Adersheim (Schießstand)
Vorlage: XIX-0665/2026

Frau Florek erläutert die Vorlage.

Herr Beddig erläutert, die Vorlage enthalte noch die Aussage, der Miet-/Pachtvertrag sei gekündigt; inzwischen habe die Kreisjägerschaft um Rücknahme der Kündigung gebeten, damit der Verein Träger vor Ort bleibe. Das Grundstück solle deshalb mit dem bestehenden Pachtvertrag veräußert werden; dies diene dem Bestandsschutz.

Herr Brücher berichtet, die Beschlusslage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nicht einheitlich; ein Teil lehnt den Verkauf in einem Landschaftsschutzgebiet ab, ein anderer stimmt zu; man geht davon aus, dass Landkreis und Naturschutzbehörde hoheitlich auf die Einhaltung des Landschaftsschutzes achten.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 38 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Grundstück Gemarkung Adersheim Flur 6 Flurstück 1/7 Lagebezeichnung Adersheimer Holz mit einer Gesamtfläche von 29.837,00 m² wird zu einem Preis von 30.000,00 Euro an die Kreisjägerschaft verkauft.

TOP 21 Carl-Gotthard-Langhans-Schule: Aktueller Stand und weiteres Vorgehen in Sachen Raumplanung sowie Baumaßnahmen
Vorlage: XIX-0676/2026

Herr Plumeyer erläutert die Vorlage.

Herr Scheffler kündigt an, in Teilen von den Empfehlungen des Kreisausschusses abzuweichen; er betont die Dringlichkeit flexibler Unterrichtsräume und hält das Verzichten auf die bisherige Schulentwicklungsplanung für sachgerecht. Seine Fraktion stimme Punkt 1 zu, sieht das Datum 02.09.2026 als nicht einhaltbar, schlägt stattdessen eine schnelle Erstellung des Raumprogramms mit direkter Einbindung der Schule vor, streicht Punkt 2b und teilt die Skepsis zum Termin in 2c; Ziel sei ein frühzeitiger Einstieg ins Vergabeverfahren.

Herr Wolff betont die Bedeutung der Berufsschule für Fachkräftenachwuchs und Wirtschaft; er erinnert an den Beschluss aus September 2022 und erfolglose regionale Abstimmungen sowie einen Workshop der Transferagentur 2021 ohne schriftliches Ergebnis. Parallel seien Sanierungen und ein Abriss im laufenden Betrieb erfolgt.

Positiv wertet die CDU-Fraktion den Vorschlag, ab 2027 jährlich Statistikberichte vorzulegen; Daten lägen der Schule und dem Schulvorstand bereits vor.

Die CDU-Fraktion wünscht eine schnelle Umsetzung. Herr Wolff beantragt, den 02.09.2026 als Terminvorgabe beizubehalten und bis zur Kreistagssitzung am 26.10.2026 eine erste Projektplanung vorzulegen, damit der neue Kreistag am 09.12.2026 über Vergaben entscheiden könne und ein Neubau Mitte 2028 realisierbar werden könne.

Herr Prötzel kritisiert vier Jahre Stillstand und das fehlende Raumprogramm. Er sieht dies als Zeichen mangelnder kommunaler Planungsressourcen und fordert die Bündelung in einer kommunalen Planungsgesellschaft. Er warnt vor Ausschreibungen ohne ausgereiftes Raumprogramm wegen Nachtragsrisiken und bringt die 2022er-Vorschläge erneut ein: Klimaschutz/Hitzeschutz, nutzungsneutrale Grundrisse und konsequente Flächennutzung.

Herr Weitemeier sieht den SPD-Vorschlag als tragfähigen Kompromiss zwischen Beschleunigungswunsch und realistischer Fristsetzung, erkennt den Druck durch Fristen an, plädiert aber für Ruhe in der Sache und kontrollierende Begleitung.

Herr Scheffler unterstützt die Vorlage einer Projektplanung bis zum 26.10.2026 als separaten Unterpunkt und möchte die Bindung an den 02.09.2026 vermeiden.

Frau Steinbrügge stellt klar, dass kein beschlossenes Sanierungskonzept vorliegt und die regionale Schulentwicklungsplanung nicht weiterverfolgt wurde; sie begrüßt, dass dieser Aspekt nun aus dem Beschlussvorschlag herausgenommen werde. Für Neubau oder Sanierung sei zunächst zwingend ein aktuelles Raumprogramm zu erstellen, auf dessen Basis die Gebäudewirtschaft ein Raumkonzept für die externe Planung erarbeitet.

Sie betont den veränderten Stand seit 2022: Rund 10 Mio. Euro Investitionen, Verschiebungen bei der Nachfrage nach Bildungsgängen und positive Entwicklungen etwa im Bereich Heizung/Sanitär. Daher sei eine aktuelle Bedarfsermittlung erforderlich. Eine Planung auf Basis von vier Jahre alten Daten sei nicht sinnvoll.

Dr. Krause-Hotopp hält diese Einordnung für hilfreich und bittet, die konkreten Beschlussvorschläge bei der Abstimmung sichtbar zu machen, da Unklarheit über die zur Abstimmung stehenden Punkte bestehe.

Frau Steinbrügge unterstützt dies, weist aber auf die nötige kurze Sitzungsunterbrechung hin.

Herr Müller unterstreicht den Wunsch nach Visualisierung der geänderten Beschlusslage, ist enttäuscht über das späte Wiederaufgreifen nach vier Jahren und zweifelt am Nutzen eines Raumbedarfsplans angesichts hoher Dynamik in der beruflichen Bildung.

Herr Wolff konkretisiert die Verwendung der rund 10 Mio. Euro (Sporthalle, Werkstatthalle, 1 Mio. Abriss Staffelfgeschoss) und betont, dass die Modernisierungen im laufenden Betrieb erfolgten. Aufgrund veränderter Bildungsgänge könne ein Raumprogramm nur vorläufig sein; daher solle man zunächst Klassenräume und dann Werkstätten in den Blick nehmen.

Frau Zgonc verlässt die Sitzung.

Herr Koch unterbricht die Sitzung, damit die Beschlussempfehlungen formuliert werden können.

Herr Koch startet die Sitzung um 19:30 Uhr.

Der Kreistag fasst mit 42 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den Bericht zum aktuellen Stand der Baumaßnahmen an der Carl-Gotthard-Langhans-Schule (CGLS) zur Kenntnis und verzichtet auf die 2022 beschlossene dazugehörige Schulentwicklungsplanung.

Der Kreistag fasst mit 23 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

2. Der Kreistag stimmt den Vorschlägen zum weiteren Verfahren zu:
 - a. Erstellung eines Raumprogramms auf der Grundlage der inzwischen erfolgten Sanierungsmaßnahmen und der als zukunftsorientiert identifizierten Berufsfelder bis zum 02.09.2026

Der Kreistag fasst mit 21 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

- b. Beauftragung einer externen Fachplanung zur Ermittlung von Vorzugsvarianten für die gebäudespezifische Umsetzung des Raumkonzepts bis zum 09.12.2026 (erste Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport).

Der Kreistag fasst mit 40 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

- c. Die Verwaltung wird ermächtigt das Vergabeverfahren – auch ohne finale Raumplanung – zu starten, sofern es vergaberechtlich möglich ist.

Der Kreistag fasst mit 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

- d. Die Vorlage einer ersten Projektplanung am 26.10.2026 (letzte KT-Sitzung in der laufenden Wahlperiode)

TOP 22 Resolution "Rettet die Kommunen!" des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0704/2026

Herr Märtens erläutert die Vorlage.

Frau Steinbrügge weist darauf hin, dass zur kommunalen Finanzlage in Niedersachsen schon viel gesagt worden sei; sie verweist auf den kommunalen Aktionstag Ende Mai vor dem Landtag und den bundesweiten Aktionstag „Kommunen am Limit“ am 22. Juni. Zahlreiche niedersächsische Städte, Gemeinden und Landkreise, auch im Landkreis Wolfenbüttel, hätten die Resolution bereits verabschiedet. Sie hinterfragt den konkreten Nutzen einer weiteren Resolution, da Kommunen und Spitzenverbände seit Wochen gegenüber Landes- und Bundespolitik die dramatische Lage darstellen und notwendige Maßnahmen benennen; Verständnis und unterstützende Worte gebe es, aber keine konkreten Zusagen. Investitionsmittel seien hilfreich, lösten jedoch nicht das Problem der laufenden Ausgaben.

Frau Steinbrügge berichtet von der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler: Erste Verabredungen zur Veranlassungskonnexität („Wer bestellt, bezahlt“); ab einer Belastung von 200 Mio. Euro soll der Bund künftig 80 % der Kosten ausgleichen, die verbleibende Last müssten die Länder übernehmen, da Kommunen keinen Einfluss auf Bundesgesetze haben. Sie sieht das als guten Ansatz für die Zukunft, betont aber, dass das aktuelle Rekorddefizit der Kommunen von bundesweit 30 Mrd. Euro jährlich damit nicht gelöst werde, weil die Regelungen nur für neue Gesetze gelten sollen. Deshalb seien zügige und konsequente Reformgespräche von Bund und Ländern nötig; bis dahin brauche es eine Soforthilfe in der Größenordnung des kommunalen Defizits. Sie hebt hervor, dass es um kommunale Selbstverwaltung gehe, also das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf eigenverantwortliche Regelung der örtlichen Angelegenheiten, wofür ausreichende finanzielle Mittel nötig seien. Daher müsse das Land zusätzliche Mittel im kommunalen Finanzausgleich bereitstellen, notfalls müsse dies auch juristisch durchgesetzt werden. Die Ergebnisse der Haushaltsklausur der Landesregierung bezeichnet sie als ernüchternd; es bleibe abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht in den nächsten Wochen entscheide, um daraus Schritte für Niedersachsen abzuleiten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die als Anlage zur Vorlage 0704/2026 beigefügte Resolution „Rettet die Kommunen!“.

TOP 23 Resolution „Bund: Hände weg vom Rettungsdienst“
Vorlage: XIX-0710/2026

Frau Wagner-Judith erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Resolution „Bund: Hände weg vom Rettungsdienst!“

TOP 24 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)

Es liegt kein Bericht vor.

TOP 25 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 18, 5 i GO)

Herr Kramer nimmt Bezug auf die Befragung der weiterführenden Schulen zum Thema Asse. Er merkt an, dass die betreffenden Schulen nicht benannt sind, und bittet um Mitteilung, um welche Schulen es sich konkret handelt; zudem erklärt er, falls der Kreistag oder die Verwaltung das Anliegen Schulen für das Thema Asse II zu interessieren, ernsthaft weiterverfolgen wollen, liege bereits eine Unterlage für eine Projektwoche des Asse-II-Koordinationskreises für Schulen vor; diese Unterlage könne bei Interesse zur Verfügung gestellt werden.

Frau Steinbrügge erklärt, dass diese Information über das Protokoll nachgereicht werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Für die Befragung an Schulen wurden Telefongespräche mit vier zuständigen Lehrkräften aus vier Schulen geführt. Um die Anonymität der Beteiligten zu gewährleisten, werden die teilnehmenden Schulen nicht genannt und auch keine Ortsbezüge hergestellt. Die Ergebnisse geben einen differenzierten qualitativen Einblick in das Themenfeld, sind statistisch allerdings nicht repräsentativ.

Frau Steinbrügge schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer

Landrätin